

**Schriften zum Völkerrecht**

---

**Band 259**

**Meeresspiegelanstieg  
und völkerrechtliche Herausforderungen  
für kleine Inselstaaten**

**Von**

**Sebastian Losch**



**Duncker & Humblot · Berlin**

SEBASTIAN LOSCH

Meeresspiegelanstieg  
und völkerrechtliche Herausforderungen  
für kleine Inselstaaten

# Schriften zum Völkerrecht

Band 259

Meeresspiegelanstieg  
und völkerrechtliche Herausforderungen  
für kleine Inselstaaten

Von

Sebastian Losch



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Ruhr-Universität Bochum hat diese Arbeit  
im Jahre 2022 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf  
Druck: CPI books GmbH, Leck  
Printed in Germany

ISSN 0582-0251  
ISBN 978-3-428-18920-5 (Print)  
ISBN 978-3-428-58920-3 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2022 von der juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen. Die wesentlichen Teile der Arbeit wurden bis einschließlich April 2022 erstellt. Literatur konnte bis März 2023 berücksichtigt werden.

Ich danke zunächst meinem Doktorvater Professor Dr. Markus Kaltenborn. Er hat mir viel Freiraum für die Umsetzung meiner eigenen Ideen gegeben und seine konstruktiven Anregungen haben wesentlich zu dem Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Ferner danke ich Frau Professorin Dr. Adelheid Puttler für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Ein herzlicher Dank gebührt weiterhin meinen Kollegen und Freunden, durch die ich meine Promotionszeit in schöner Erinnerung behalten werde. *Nick Sternkopf*, *Victor Meckenstock*, *Paul Matthies* und *Tobias Lüder* bin ich nicht nur für zahlreiche fachliche Diskussionen, Anregungen und sorgfältiges Korrekturlesen, sondern vor allem für die vielen heiteren Momente und netten Kaffeepausen zu Dank verpflichtet.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Eltern, Dirk und Andrea. Ihnen danke ich von Herzen, dass sie mir diese Ausbildung ermöglicht und mich auf meinem bisherigen Lebensweg vorbehaltlos unterstützt und gefördert haben, wodurch sie mir die Basis für meine persönliche und berufliche Entwicklung ermöglichten. Durch ihren steten Rückhalt und ihren Zuspruch haben sie im wesentlichen Maße zum Gelingen der Arbeit beigetragen.

Ihnen widme ich diese Arbeit.

Berlin, im März 2023

*Sebastian Losch*



# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

<b>Einführung</b>	15
A. Einleitung	15
I. Problemaufriss	15
II. Relevanz des Untersuchungsgegenstands: Die Sonderstellung kleiner Inselstaaten	18
III. Untersuchungsumfang: Eine völkerrechtliche Querschnittsanalyse	20
IV. Gang der Untersuchung	21
B. Klimawandel und kleine Inselstaaten: Besondere Verwundbarkeit	22

## *Kapitel 2*

<b>Meeresspiegelanstieg und Migration</b>	27
A. Der Nexus von Klimawandel und Migration	29
I. Terminologie	30
II. Dimensionen der Beziehung zwischen Umwelt und Migration	34
III. Fazit	40
B. Einordnung in das völkerrechtliche System: Mögliche Regelungsansätze	42
I. Sicherheitsbasierter Ansatz	43
II. Verantwortungsbasierter Ansatz	46
III. Menschenrechtsbasierter Ansatz	47
IV. Stellungnahme	50
C. Entwicklung eines umfassenden Regelungssystems für „Klimamigration“	52
I. Umgang mit „Klimamigration“ nach bestehendem Völkerrecht	53
I. Flüchtlingsrecht	53
a) Die Genfer Flüchtlingskonvention	53
b) Die Guiding Principles on Internal Displacement	57
c) Regionales Flüchtlingsrecht	59
aa) Die OAU-Konvention	59
bb) Die Cartagena-Deklaration	62
cc) Die Kampala-Konvention	63
d) Zusammenfassung	64



2. Staatenlosenregime bei „Untergang des Staates“	65
3. Internationaler Menschenrechtsschutz	70
a) Menschenrechtsschutz im Kontext des Klimawandels	70
aa) Recht auf gesunde Umwelt	72
bb) Recht auf Gesundheit	74
cc) Recht auf Leben	76
dd) Recht auf Selbstbestimmung und Kultur	76
b) Komplementärer Schutz bei grenzüberschreitender Vertreibung	78
aa) Das Non-Refoulement-Gebot außerhalb des Flüchtlingsrechts	78
bb) Meeresspiegelanstieg und erhebliche Gefahr für grundlegende Menschenrechte	81
c) Zusammenfassung	85
4. Verbleibende Schutzlücken	87
a) Interne Vertreibung	87
b) Grenzüberschreitende Vertreibung	88
c) Frühzeitige Migration als Anpassungsmaßnahme	90
aa) Individuelle Migration aufgrund von Klimaeinflüssen	91
bb) Geplante und kollektive Umsiedlung	93
d) Sonderfall kleiner Inselstaaten	94
II. Politische Lösungsansätze und ergänzende Instrumente	97
1. Migration im internationalen Klimaschutzrecht: Die UN-Klimarahmenkonvention	98
2. Die Nansen-Initiative und die Platform on Disaster Displacement	102
3. Das Recht der Entwicklungszusammenarbeit – Die Agenda 2030	104
a) SDGs in Zusammenhang mit Migration	105
b) SDGs mit Relevanz für den Klimawandel	106
c) Zusammenfassung	108
4. Die Global Compacts von 2018	108
5. Fazit	111
III. Zukünftige Konzepte zur Schließung der Schutzlücke	112
1. Konventionslösung	113
a) Anbindung an bestehende Verträge	114
aa) Erweiterung der GFK	114
bb) Protokoll zu der UNFCCC	116
b) Selbstständiges Vertragswerk	119
c) Stellungnahme	121
2. Multidimensionale Lösung	124
a) Ausschöpfen bestehender Regelungssysteme	126
b) Leitlinien statt verbindlicher Konvention – Ein „soft law“-Ansatz	128
c) Regionale und nationale Maßnahmen	131

3. Fazit ..... 134  
 D. Ergebnis ..... 135

*Kapitel 3*

**Meeresspiegelanstieg und seerechtliche Auswirkungen** 138

A. Das Internationale Seerecht ..... 140  
 I. Das Recht der Meereszonen ..... 140  
 II. Das Recht der Basislinie ..... 141  
 1. Die normale Basislinie ..... 142  
 2. Die gerade Basislinie ..... 142  
 a) Art. 7 Abs. 1 ..... 142  
 b) Art. 7 Abs. 2 ..... 143  
 c) Art. 47 ..... 143  
 B. Seerechtliche Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs ..... 144  
 I. Allgemeine Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Basislinien und Meereszonen ..... 145  
 II. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs im Falle von Inseln und anderen Gebilden ..... 147  
 III. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Archipelstaaten ..... 148  
 IV. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf Seegrenzen ..... 149  
 C. Anpassungsoptionen ..... 150  
 I. De lege lata ..... 151  
 1. Nutzung gerader Basislinien ..... 152  
 2. Fixierung des Festlandssockels ..... 156  
 3. Abgrenzung der Seegrenzen in bilateralen Verträgen ..... 157  
 4. Herabsetzung des Seekartennulls ..... 160  
 5. Stellungnahme ..... 161  
 II. De lege ferenda ..... 161  
 1. Vereinbarkeit mit Grundprinzipien des Seerechts ..... 163  
 2. Inhaltliche Anpassung des Meereszonenregimes ..... 165  
 a) Gegenstand der Fixierung ..... 165  
 aa) Fixierung der Basislinien ..... 165  
 bb) Fixierung der äußeren Grenzen ..... 167  
 cc) Stellungnahme ..... 168  
 b) Meereszonen für entterritorialisierte Staaten ..... 169  
 3. Format ..... 173  
 a) Entwicklung entsprechenden Völkergewohnheitsrechts ..... 173

b) Änderung oder Erweiterung der Bestimmungen des SRÜ .....	175
aa) Formelle Änderung des SRÜ .....	175
bb) Komplementäre Vereinbarungen zum SRÜ .....	176
4. Stellungnahme .....	178
D. Ergebnis .....	179

#### *Kapitel 4*

### **Meeresspiegelanstieg und Staatlichkeit** 181

A. Bedeutung für kleine Inselstaaten – Staatlichkeit als Manifestation der Selbstbestimmung .....	183
B. Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs auf die Staatenmerkmale .....	185
I. Auswirkungen auf das Staatsterritorium .....	187
II. Auswirkungen auf das Staatsvolk .....	190
III. Auswirkungen auf die Staatsgewalt .....	192
IV. Fazit .....	195
C. Erhalt der Souveränität bedrohter Inselvölker .....	196
I. Selbstbestimmungsrecht der Völker und SIDSs .....	196
1. Volk im Sinne des Selbstbestimmungsrechts? .....	199
2. Inhalt des Selbstbestimmungsrechts im Kontext untergehender Inselstaaten .....	203
II. Mögliche Szenarien, um die Selbstbestimmung zu erhalten .....	206
1. Begründung eines neuen Territoriums .....	207
a) Abtretung von Territorium durch einen Geberstaat .....	207
b) Käuflicher Erwerb von Territorium .....	209
c) Künstliche Inseln .....	210
d) Zusammenfassung .....	212
2. Freie Assoziation und Integration .....	213
a) Selbstverwaltung in freier Assoziation .....	214
b) Föderation .....	216
c) Zusammenfassung .....	218
3. Entterritorialisierte Staaten .....	219
a) Fortbestehende Anerkennung als Völkerrechtssubjekt trotz Verlust des Territoriums? .....	220
aa) Verbindlichkeit der Montevideo-Kriterien .....	222
bb) Territorium als Merkmal des Staatenbegriffs .....	227
cc) Kontinuitätsprinzip .....	232
dd) Existenzrecht des Staates und Rolle des Selbstbestimmungsrechts .....	236
ee) Zusammenfassung .....	239
b) Umsetzung einer entterritorialisierten Staatlichkeit .....	240

III. Stellungnahme ..... 245  
 D. Ergebnis ..... 247

*Kapitel 5*

**Meeresspiegelanstieg und rechtliche Verantwortung** ..... 249

A. Kompensationspflichten im Klimarecht ..... 250  
 I. Die Geschichte von *Loss and Damage* im Klima-Völkerrecht ..... 252  
 II. *Loss and Damage* heute ..... 256  
 1. Warschauer Internationaler Mechanismus ..... 256  
 2. *Loss and Damage* im Übereinkommen von Paris ..... 258  
 3. Finanzfazilität ..... 261  
 III. Unzulänglichkeiten des Klima-Völkerrechts in Bezug auf *Loss and Damage* ... 262  
 1. Fehlende Trennung von Anpassung und *Loss and Damage* ..... 262  
 2. Fehlende definitorische Abgrenzung zwischen Anpassung und *Loss and Damage* ..... 264  
 3. Fehlende Definition der von *Loss and Damage* umfassten Situationen ..... 265  
 4. Fehlende Kompensations- und Finanzierungsmechanismen ..... 267  
 IV. Fazit ..... 268  
 B. Staatenverantwortlichkeit bei Umweltschäden ..... 269  
 I. Anwendbarkeit ..... 270  
 II. Internationally Wrongful Act ..... 271  
 1. Völkerrechtliche Primärpflicht ..... 271  
 a) Vertragliche Normen ..... 272  
 b) „No harm-rule“ ..... 274  
 c) Stellungnahme ..... 275  
 2. Anwendbarkeit der „No harm-rule“ im Kontext des Klimawandels ..... 275  
 3. Umfang der Verpflichtung ..... 277  
 a) Verschuldensmaßstab ..... 277  
 b) Sorgfaltsmaßstab ..... 282  
 aa) Möglichkeit zum Handeln ..... 283  
 bb) Vorhersehbarkeit des Schadens ..... 284  
 cc) Zumutbarkeit der Wahl der Maßnahmen ..... 285  
 c) Zwischenergebnis ..... 288  
 4. Kausaler Schaden ..... 288  
 a) Kausalitätsstandard ..... 289  
 b) Nachzuweisender Kausalzusammenhang ..... 291  
 aa) Erste Stufe: Anstieg der THG-Konzentration ..... 291  
 bb) Zweite Stufe: Erwärmung ..... 292

cc) Dritte Stufe: Schäden infolge des Klimawandels .....	292
c) Anforderungen an den zu erbringenden Nachweis .....	293
d) Nachweis der Kausalität im konkreten Fall .....	297
aa) Nachweis der Kausalität bei „ <i>sudden-onset</i> “-Ereignissen .....	297
bb) Nachweis der Kausalität bei „ <i>slow-onset</i> “-Ereignissen .....	298
III. Rechtsfolge .....	299
1. Wiedergutmachungspflicht .....	300
a) Naturalrestitution .....	300
b) Schadensersatz .....	302
2. Umfang der Ersatzpflicht .....	303
a) Problem der ungewissen Ursächlichkeit menschlicher Emissionen .....	305
b) Problem erlaubter Emissionen .....	306
c) Problem der Pluralität verantwortlicher Staaten .....	308
aa) Anteilige Haftung .....	308
bb) Gesamtschuldnerische Haftung .....	310
cc) Stellungnahme .....	314
IV. Fazit Staatenverantwortlichkeit .....	314
C. Zusammenfassung und Ausblick .....	316

### *Kapitel 6*

<b>Schlusswort</b>	320
A. Zusammenfassung .....	320
B. Einordnung der Untersuchungsergebnisse .....	330
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	335
<b>Dokumentenverzeichnis</b> .....	359
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	376

## Abkürzungsverzeichnis

ADB	Asiatische Entwicklungsbank
AOSIS	Association of Small Island States
ASR	Draft Articles on State Responsibility of States for Internationally Wrongful Acts
AU	Afrikanische Union
AWG-LCA	Ad Hoc Working Group on Long-term Cooperative Action under the Convention
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CAT	UN-Antifolterkonvention
CBDR	Common but differentiated responsibilities
CCDP	Climate Change Displaced People (nach <i>Hodgkinson et al.</i> )
CCPR	UN Human Rights Committee (auch Committee on Civil and Political Rights)
CIREFCA	Prinzipien und Kriterien für den Schutz und die Unterstützung von Flüchtlingen in Zentralamerika, Rückkehrern und Vertriebenen in Zentralamerika, ein von Rechtsexperten erstelltem Dokument für die Internationale Konferenz über zentralamerikanische Flüchtlinge
CLCS	Commission on the Limits of the Continental Shelf
CMA	Conference of the Parties serving as the meeting of the Parties to the Paris Agreement
COP	Conference of Parties
EGMR	Europäische Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
ENSO	El Niño Sothern-Oscillation
ESPV	Entterritorialisierter souveräner Personenverband (nach <i>Bergmann</i> )
EU	Europäische Union
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen
GCF	Green Climate Fund
GFK	United Nations Convention Relating to the Status of Refugees (dt. Genfer Flüchtlingskonvention)
IDMC	Internal Displacement Monitoring Centers
IDPs	Internally Displaced Persons
IGH	Internationaler Gerichtshof
ILA	International Law Association
ILC	International Law Commission
INDCs	Intended Nationally Determined Contributions
IOM	International Organization for Migration
IPBPR	Internationaler Pakt über politische und bürgerliche Rechte
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
IPWSKR	Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

ITLOS	Internationaler Seegerichtshof
LDCs	Least Developed Countries
MDGs	Millennium Development Goals
NGO	Non-governmental Organisation
NZSC	New Zealand Supreme Court
OHCHR	Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights
PIF	Pacific Island Forum
RCPs	Representative Concentration Pathways
SDGs	Sustainable Development Goals
SIDSs	Small Island Development States
SPLOS	States Parties to the 1982 United Nations Convention on the Law of the Sea
SRÜ	United Nations Convention on the Law of the Sea (dt.: Seerechtsübereinkommen)
StIGH	Ständiger Internationaler Gerichtshof
THG	Treibhausgas
UN	Vereinte Nationen
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNHCR-ExCom	Executive Committee des UNHCR
UNHRC	UN Human Rights Council
UNOCHA	United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs
ÜvP	Paris Agreement (dt. Übereinkommen von Paris)
WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung für Globale Klimaveränderungen
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIM	Warsaw International Mechanism for Loss and Damage Associated with Climate Change Impacts
WIM-ExCom	Executive Committee des WIM
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WWF	World Wide Fund for Nature

## *Kapitel 1*

# **Einführung**

## **A. Einleitung**

Die internationale Gemeinschaft steht vor mannigfachen Herausforderungen im Hinblick auf den Klimawandel – der ehemalige UN-Generalsekretär *Ban Ki-Moon* hat ihn 2011 in einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat als „*the defining issue of our time*“ bezeichnet.<sup>1</sup> Im Bereich des Völkerrechts besteht eine dieser Herausforderungen darin, dass die Auswirkungen des Klimawandels so weitreichend und komplex sind, dass sie nicht auf ein Rechtsgebiet wie etwa das internationale Umweltrecht beschränkt bleiben. Diese Arbeit verdeutlicht die Komplexität und Dringlichkeit dieser Rechtsfragen am Beispiel der rechtlichen Auswirkungen und erforderlichen Anpassungen an den klimawandelbedingten Meeresspiegelanstieg, die sich für die hiervon besonders betroffenen *Small Island Developing States* (SIDSs) ergeben.

## **I. Problemaufriss**

Der Klimawandel und das Ausmaß der Bedrohung, die er für unsere Zivilisation darstellt, werden von der wissenschaftlichen Gemeinschaft mittlerweile als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anerkannt. Er wirkt sich insbesondere auf die Küstenregionen aus, da aufgrund des prognostizierten Anstiegs des Meeresspiegels einige niedrig gelegene Gebiete im Laufe des Jahrhunderts überflutet werden könnten. Der Verlust dieser Küstengebiete gefährdet unmittelbar die Lebensgrundlage großer Bevölkerungsteile und wirkt sich außerdem sowohl auf die ländlichen als auch auf die maritimen Herrschaftsbereiche und somit unmittelbar auf die Integrität einiger Staaten aus. Da ein gewisser Anstieg des Meeresspiegels bereits zu verzeichnen ist und ein weiterer Anstieg nicht vermieden werden kann, sind tatsächliche und rechtliche Anpassungen notwendig, um die wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Schäden so gering wie möglich zu halten. Um die konkreten völkerrechtlichen Herausforderungen in diesem Zusammenhang zu identifizieren und den Umfang der erforderlichen rechtlichen Anpassungen zu untersuchen, sind jedoch weitere Anstrengungen notwendig. Diese Arbeit soll hierzu einen Beitrag

---

<sup>1</sup> UN Security Council, UN Doc. S/PV.6587 (2011), S. 3.



leisten, indem sie sich der Untersuchung des rechtlichen Umgangs mit den Auswirkungen des Meeresspiegelanstiegs am Beispiel kleiner Inselstaaten widmet.

Die 44 Mitglieder der *Association of Small Island States* (AOSIS)<sup>2</sup> gehören zu den am wenigsten entwickelten und wirtschaftlich schwächsten Staaten, weshalb ihre Anpassungsmöglichkeiten gering und die Risiken infolge unabwendbarer Klimaschäden entsprechend hoch sind. Doch in den letzten Jahren hat sich darüber hinaus das Phänomen der „versinkenden Inselstaaten“ als eines der paradigmatischsten Bilder der globalen Umweltkrise etabliert. Dieser Ausdruck beschreibt die Situation kleiner Inselstaaten wie der Republik der Malediven, Tuvalu, Kiribati und der Marshall-Inseln, die überwiegend aus niedrigen Atoll-Inseln von nur wenigen Dezimetern Höhe über dem Meeresspiegel bestehen und daher drohen, noch innerhalb dieses Jahrhunderts vollständig überflutet zu werden und somit ihr Staatsgebiet zu verlieren.<sup>3</sup> Regelmäßige Vergleiche mit der Sage von der versunkenen Stadt Atlantis zeugen von der verbreiteten Faszination für dieses in der Geschichte des Völkerrechts beispiellose Szenario.<sup>4</sup> Was jedoch zunächst wie eine übertriebene Darstellung der Auswirkungen des Klimawandels auf fundamentale Rechtsinstitutionen wie die Staatlichkeit erscheinen mag, ist in Wirklichkeit ein genaues Abbild der Realität einiger Staaten. Aufgrund der Einzigartigkeit der Bedrohungen dieser Staaten nehmen sie im Kontext des Umgangs mit den Folgen des Klimawandels eine Sonderstellung ein. Nachdem es in den letzten Jahren vermehrt von den Medien aufgegriffen wurde, ist dieses Szenario und die ihm zugrunde liegende Problematik schließlich auf die internationale politische Agenda gesetzt worden.<sup>5</sup> Als Ursprünge dieses öffentlichen Interesses gelten die Umsiedlungen der Bewohner:innen der

---

<sup>2</sup> Alliance of Small Island States (AOSIS), abrufbar unter: <https://www.aosis.org/> (abgerufen am: 13.03.2023).

<sup>3</sup> Kiribati – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/kiribati/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023); Maldives – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/maldives/> (abgerufen am: 13.03.2023); Marshall Islands – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/marshall-islands/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023); Tuvalu – The World Factbook, abrufbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/tuvalu/#geography> (abgerufen am: 13.03.2023).

<sup>4</sup> *Allen/Prost, RECIEL* (2022) (1); *Jain, The 21st Century Atlantis: The International Law of Statehood and Climate Change-Induced Loss of Territory* (2014); *Holland/Babson, Atlantis 2.0: How Climate Change Could Make States Disappear – and What That Means for Global Security*, in: Werrell/Femia (Hrsg.), *Epicenters of Climate Change and Security: The New Geostrategic Landscape of the Anthropocene* (2017), S. 27; *McAdam, UNSW Law Research Paper* (2010) (1); *Rayfuse, International Law and Disappearing States: Utilising Maritime Entitlements to Overcome the Statehood Dilemma – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 52* (2010) (1); *Vidal, Pacific Atlantis: first climate change refugees* (2005); *Witney, N.Z. J. Envtl. L., Vol. 20* (2016), S. 77.

<sup>5</sup> So wurden die Gefahren für die Staatlichkeit kleiner Inselstaaten 2009 von der UN-Generalversammlung anerkannt: „*Reaffirming that the adverse effects of climate change and sea-level rise present significant risks to the sustainable development of small island developing States, that the effects of climate change may threaten the very existence of some of them [...]*.“ UN General Assembly, UN Doc. A/RES/16/213 (2009).

Carteret-Inseln in der autonomen Provinz Bougainville in Papua-Neuguinea im Jahr 2005 sowie wie auf die der Lateu-Siedlung in Vanuatu, zwei Ereignisse, die um den Titel „erste Klimaflüchtlinge“ der Geschichte konkurrieren. Im Jahre 2009 richteten die Malediven außerdem eine Unterwasserkonferenz aus, um auf die drohende dauerhafte Überflutung ihrer Inseln aufmerksam zu machen.<sup>6</sup> Spätestens seit diesem Ereignis stieg das Schicksal der „*disappearing states*“<sup>7</sup> sowohl innerhalb medialer als auch wissenschaftlicher Diskussionen zum Sinnbild der drohenden katastrophalen Folgen des Klimawandels auf. Die steigende Relevanz dieses Themenbereichs wird schließlich durch die Anerkennung der vielschichtigen Folgen des Meeresspiegelanstiegs durch die *International Law Association* (ILA) deutlich, welche ein eigenes *Committee on International Law and Sea Level Rise* einrichtete<sup>8</sup> und bereits 2012 feststellte, dass erhebliche Gebietsverluste infolge des Meeresspiegelanstiegs ein Thema sind, das über das Seerecht hinausgeht und verschiedene Bereiche des Völkerrechts umfasst, einschließlich so grundlegender Aspekte wie Elemente „*statehood under international law, human rights, refugee law, and access to resources, as well as broader issues of international peace and security*“.<sup>9</sup> In Anlehnung daran lassen sich folgende völkerrechtliche Problemfelder identifizieren, die in dieser Arbeit behandelt werden sollen:

- der Zusammenhang zwischen klimabedingten Umweltveränderungen und Migration (Kapitel 2)
- die Auswirkungen des meeresspiegelanstiegsbedingten Verlusts von Staatsterritorium auf die seerechtlich bestimmten Meereszonen (Kapitel 3)
- die Auswirkungen des meeresspiegelanstiegsbedingten Verlusts von Staatsterritorium auf die Staatlichkeit und Souveränität (Kapitel 4)
- und schließlich Fragen der rechtlichen Verantwortlichkeit und Lastenverteilung für bereits entstandene und unabwendbare Schäden (Kapitel 5).

---

<sup>6</sup> *Ramesh*, Maldives ministers prepare for underwater cabinet meeting (2009); Maldives cabinet makes a splash (2009).

<sup>7</sup> Siehe für die verbreitete Verwendung dieser Formulierung *Allen*, BOL (2018), S. 1; *Atapatu*, WJELP, Vol. 4 (1) (2014), S. 1; *Grote Stoutenburg*, Disappearing island states in international law (2015); *McAdam*, UNSW Law Research Paper (2010); *Rayfuse*, International Law and Disappearing States: Utilising Maritime Entitlements to Overcome the Statehood Dilemma – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 52 (2010); *Rayfuse*, W(h)ither Tuvalu? International Law and Disappearing States – University of New South Wales Faculty of Law Legal Studies Research Paper Series No. 9 (2009); *Rayfuse*, *Envtl. Pol’y & L.*, Vol. 41 (6) (2011), S. 281; *Rayfuse*, Sea Level Rise and Maritime Zones: Preserving the Maritime Entitlements of „Disappearing“ States, in: Gerrard/Wannier (Hrsg.), *Threatened Island Nations: Legal Implications of Rising Seas and a Changing Climate* (2013), 167.

<sup>8</sup> ILA, *Committee single*, abrufbar unter: <https://www.ila-hq.org/index.php/committee-single> (abgerufen am: 12.03.2023).

<sup>9</sup> ILA, *Report of the 75th ILA Conference Sofia, Resolution 1* (2012), Ziffer 7.